

Niederschrift UAJ/010/2012

über die öffentliche Sitzung des Unterausschusses
"Jugendhilfeplanung, Jugendarbeit und
Kindertageseinrichtungen" der Stadt Rheine
am 21.05.2012

Die heutige Sitzung des Unterausschusses "Jugendhilfeplanung, Jugendarbeit und Kindertageseinrichtungen" der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:45 Uhr im im Pfarrheim der Kirchengemeinde St. Marien, Osnabrücker Straße 333.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied / Vorsitzende
----------------------	-----	----------------------------

Mitglieder:

Herr Dennis Afting-Bühmann	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied / 1. Stellv. Vorsitzender
Herr Norbert Dörnhoff	CDU	Sachkundiger Bürger
Frau Sylvia Egelkamp		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände
Herr Tim Köhler	SPD	Sachkundiger Bürger
Herr Johannes Lammers	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Thomas Rickert	Alternative für Rheine	Sachkundiger Bürger

beratende Mitglieder:

Herr Hendrik Börger	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
Frau Bärbel Tiekötter		Sachkundige Einwohnerin f. Familienbeirat

Gäste:

Herr Hans Gerd Hüsken	Mitglied im Seniorenbeirat
Frau Regina Schröer	Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann	Fachbereichsleiter FB 2
Frau Diana Besseling	Jugendamt
Frau Annette Wiggers	Jugendamt
Herr Wolfgang Neumann	Schriftführer

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Carsten Timpe	Ausschussmitglied f. Jugendverbände
--------------------	-------------------------------------

beratende Mitglieder:

Frau Sara Neto Alves	Sachkundige Einwohnerin f. Integrationsrat
----------------------	--

Vor Beginn der Sitzung findet um 17:30 Uhr ein Ortstermin im Bistro-Charly nach erfolgter Renovierung der Einrichtung statt. Frau Katharina führt die Ausschussmitglieder durch die Einrichtung und steht für Fragen zur Verfügung.

In der anschließenden Aussprache berichtet Frau Voß zunächst, dass sie inzwischen seit 2 Jahren für die Einrichtungen Bistro Charly und Jugendheim Rodde zuständig sei. Als eine ihrer ersten Aktionen bezeichnet sie die Renovierung des Bistro Charly. In enger Kooperation mit der Kirchengemeinde, einer Innenarchitektin und den jugendlichen Besucherinnen und Besuchern wurde das jetzt sichtbare Raumkonzept entwickelt, das den nicht mehr zeitgemäßen Disco-Keller ersetzt habe.

Täglich besuchten rund 60 Jugendliche im Alter von 13 – 18 Jahren die Einrichtung über die Öffnungszeiten verteilt.

Auf Nachfrage zeigt Frau Voß auf, dass es im Umfeld der Einrichtung Probleme mit Alkohol konsumierenden Jugendlichen gebe: Während es im Bistro Charly klare Regeln gebe, sei der Alkoholkonsum im Umfeld der Einrichtung, ganz besonders

am Wochenende, ein großes Problem. Der Treff am Bistro bleibe auch am Wochenende bestehen, wenn die Einrichtung geschlossen sei.

Frau Schröder berichtet für die Kirchengemeinde, dass die positive Entwicklung, die sie hauptsächlich der Arbeit von Frau Voß zuschreibt, von der Gemeinde trotz der Probleme im Umfeld voll mitgetragen werde.

Sie sehe die Arbeitsbelastung für Frau Voß angesichts der hohen Besucherzahlen als gerade noch leistbar an. In diesem Kontext seien wünschenswerte zusätzliche Öffnungszeiten am Wochenende nur mit zusätzlichem qualifizierten Personal möglich.

Auf Nachfrage zeigt Frau Voß auf, dass seit der Schließung der Einrichtung in Rodde Jugendliche aus Rodde nicht alternativ ins Bistro Charly kämen. Sie orientierten sich eher nach Hörstel oder Bevergern.

Herrn Köhlers Frage nach dem Einfluss von Facebook beantwortet Frau Voß dahingehend, dass Face-book nicht als Werbung für die Einrichtung, sondern vielmehr als Kommunikationsmedium diene. Entscheidend sei nach wie vor die persönliche Ansprache.

Herr Dörnhoff fragt zur Personalsituation nach, wie der Betrieb unter den augenblicklichen Rahmenbedingungen aufrecht erhalten werden könne. Frau Voß zeigt auf, dass ihr zurzeit eine zuverlässige Honorarkraft zur Seite stehe. Eine Vertretung durch andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendwerkes sei nicht möglich, ohne in den anderen Einrichtungen Öffnungszeiten reduzieren zu müssen.

Frau Schröder hält es für erforderlich, Frau Voß personell zu unterstützen, wenn die Besucherzahlen weiterhin auf dem derzeitigen Niveau blieben. Auch dürfe das Thema Streetwork im Hinblick auf das Geschehen um die Einrichtung kein Tabu bleiben.

Herr Lammers sieht bestätigt, dass sich die Entscheidung, vier Einrichtungen zu schließen, um die stark frequentierten Standorte zu stärken, als richtig herausgestellt habe. Die Entwicklung im Underground und gerade auch hier im Bistro-Charly zeige dies deutlich.

Die Ausschusmitglieder danken Frau Voß und Frau Schröder für ihre ausführlichen Informationen.

Frau Leskow eröffnet die Sitzung des Ausschusses um 17:45 Uhr. Die Tagesordnung wird wie folgt erledigt:

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Unterausschusses am 19. März 2012

Gegen Form und Inhalt der Niederschrift werden keine Bedenken erhoben. Sie gilt somit als genehmigt.

2. Bericht der Verwaltung

2.1. Stadt ohne Rassismus

Berichterstattung durch Frau Wiggers:

Frau Wiggers berichtet über die Vorreitungen zur Aktionswoche „Stadt ohne Rassismus“: Nach intensiver Vorbereitungszeit durch die Projektgruppe „Stadt ohne Rassismus“ erhalte die Stadt am 6. Juli durch die Bundeskoordinationsstelle Schule ohne Rassismus-Schule mit Courage – den offiziellen Titel „Stadt ohne Rassismus“.

Rheine werde damit bundesweit die sechste Stadt, die dieses Zertifikat bekomme.

Unter dem Motto „Projekt Toleranz – setz dich ein“ werde vom 2. bis 6., Juli eine stadtweite Aktionswoche mit einer Vielzahl von Veranstaltungen statt.

Frau Wiggers stellt das Programm mit den wesentlichen Punkten vor.

Auf Nachfrage von Herrn Börger nach einer geplanten Veranstaltung des Emslandgymnasiums zum Thema Homophobie erklärt Frau Wiggers, dass diese Veranstaltung in das Programmheft aufgenommen wird.

3. Entwicklungen und Aktionen im Themenfeld 'Mobbing'

In der letzten Sitzung des Unterausschusses hat Herr Börger die Verwaltung um Auskunft über Aktivitäten im Themenfeld „Mobbing“ gebeten. Bei der schriftlichen Beantwortung seiner Anfrage wurde deutlich, welchen Umfang die Aktivitäten in diesem Themenfeld bereits angenommen haben.

Frau Besseling stellt den Ausschussmitgliedern die aktuelle Situation und die absehbare Entwicklung vor:

Mobbing sei kein neues Thema, habe allerdings aus unterschiedlichen Gründen an Aktualität zugenommen. Stichwort: Cybermobbing (Facebook).

Das Jugendamt habe von dieser Entwicklung früh erfahren: Das Thema sei bereits auf Wunsch der beteiligten Jugendlichen Thema der SAM-Ausbildung.

Inzwischen habe die Thematik an vielen Schulen zu Aktivitäten geführt. Dies geschehe auf Drängen von Schülerinnen und Schülern, Eltern oder auch Lehrerinnen und Lehrern. Daraus hätten sich Projekte mit Schülerinnen und Schülern entwickelt, Elternabende und Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer. So seien beispielsweise zu einem Elternabend 27 Personen erschienen, eine für Elternabende ungewöhnlich hohe Zahl.

Deutlich wurde bei allen Projekten, dass „Mobbing“ eigentlich nur das aktuelle Stichwort für die umfassende Thematik „Sozialkompetenz“ sei.

Die bisherigen Projekte bezogen sich vor allem auf den Bereich der weiterführenden Schulen. Es ist jedoch deutlich erkennbar, dass das Thema „Sozialkompetenz“ auch für den Bereich der Grundschulen an Bedeutung zunehmen wird.

In diesem Themenfeld seien viele Organisationen, wie der Jugend- und Familiendienst (Medeto), der Kinderschutzbund, die Drogenberatung oder die Polizei bereits aktiv.

Für die Schulen bestehe allerdings das Problem, dass die freien Träger für ihre Leistungen Honorarkosten in Rechnung stellen, für die die Schulen keine Mittel zur Verfügung hätten.

Aus der Sicht des Bereichs Jugendschutz seien auf Dauer folgende Aufgabenstellungen zu prüfen:

Es erscheine sinnvoll und notwendig, die zahlreichen Angebote der freien Träger an einer Stelle zu erfassen, um als Anlaufstelle bei Anfragen den Kontakt zu den geeigneten Kooperationspartnern vermitteln zu können.

Es werde ebenfalls notwendig sein, die vielschichtigen Angebote miteinander zu vernetzen. Hier habe der Arbeitskreis „Jugendschutz und Sucht“ inzwischen erste Schritte unternommen.

Herr Gausmann beschreibe die Entwicklung so: „Wir werden die Geister, die wir riefen, nicht mehr los“.

Herr Dörnhoff sieht hier vor allem die Schule in der Pflicht: Wenn dieses Problem dort verstärkt auftauche, sei es auch Aufgabe der Schule und nicht der Jugendhilfe, sich mit diesem Thema auseinander zu setzen. Das Argument, die Schule habe dafür keine personellen und finanziellen Ressourcen, könne er daher nicht gelten lassen.

Frau Besseling zeige auf, dass es in der SAM-Ausbildung Verträge mit den Schulen gebe, die die Verpflichtung der Schule zur Kooperation detailliert regelten. Lehrerinnen und Lehrer seien engagiert und aktiv dabei. Auch besuchten viele Lehrerinnen und Lehrer Fortbildungen zu dieser Thematik. Die Einstellung „Ist das auch Arbeitszeit?“ gehöre inzwischen der Vergangenheit an.

Herr Gausmann zeige auf, dass das Thema auf der Agenda bleiben werde: Die weitere Einstellung von Schulsozialarbeiterinnen und –sozialarbeitern werde eine engere Kooperation von Jugendarbeit und Schule befördern, die Thematik im Kontext des kommenden Kinder- und Jugendförderplan ausführlich zu beraten sein.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

4. Einrichtung einer Lenkungsgruppe zur Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendförderplanes

Herr Gausmann verweist auf die Vorlage der Verwaltung und den dort formulierten konkreten Verfahrensvorschlag.

Herr Hüske erklärt für den Stadtjugendring, dass der Verein seinen Antrag grundsätzlich aufrecht erhalten wolle, dem Vorschlag der Verwaltung jedoch zustimmen könne, um das Verfahren praktisch zu erproben.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder stimmen dem vorgeschlagenen Verfahren zu.

5. Projekt 'KidS' - Kommunalpolitik in die Schulen

Herr Köhler bedauert für die SPD-Fraktion, dass das Projekt wegen der fehlenden Personalressourcen im Fachbereich Jugend, Familie und Soziales zunächst nicht weiter verfolgt werden soll.

Die Verwaltung verweist in diesem Zusammenhang noch einmal auf eine mögliche Kooperation von Schulen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, die in der Zielrichtung ähnliche Projekte anbiete.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Vorschlag der Verwaltung, das Projekt zunächst nicht weiter zu verfolgen, einstimmig zu.

6. Einwohnerfragestunde

Keine Einwohnerfragen.

7. Verschiedenes

Herr Börger bittet Frau Besseling um Informationen über die SAM-Ausbildung. Frau Besseling berichtet, dass aktuell 60 Jugendliche in drei Blöcken zu den Themenbereichen Drogen, Sexualität und Mobbing über zwei Jahre geschult werden. Herr Köhler bittet Frau Besseling, ihm Informationen über das Konzept des Ausbildungsthemas „Sexualität“ des Kinderschutzbundes zukommen zu lassen.

Als nächster Sitzungstermin wird der 1. Oktober 2012 vereinbart.

Ende der Sitzung:

18:50 Uhr

gez.

gez.

Gabriele Leskow
Ausschussvorsitzende

Wolfgang Neumann
Schriftführer